

Daniel Schmidt

## Keine Kommissare. Preußische Polizeioffiziere zwischen soldatischem Selbstverständnis und polizeilicher Professionalität 1919 bis 1935

Nach dem Ersten Weltkrieg brach mit der alten Ordnung auch deren Polizei zusammen. Angesichts der chaotischen Verhältnisse, in denen das Deutsche Reich im Winter 1918/19 versank und dauerhaft zu verbleiben drohte, war es für die junge Republik überlebensnotwendig, einsatzfähige und verlässliche Sicherheitskräfte aufzubauen<sup>1</sup>. Solange diese fehlten, befand sich die Reichsregierung in einem Dilemma: Sie musste mit den Freikorps kooperieren, die zwar zwischenzeitlich für Ruhe und Ordnung gesorgt hatten, deren brutale Methoden aber ebenso zweifelhaft waren wie ihre Loyalität zur neuen politischen Führung. Dementsprechend sollte die neue Polizei einerseits in der Lage sein, bürgerkriegsähnliche Situationen eigenständig zu meistern, andererseits jedoch gleichzeitig dem republikanischen Leitbild einer zivilen und modernen Behörde entsprechen. Der Angehörige der »wahren Volkspolizei«<sup>2</sup> sollte nicht mehr als »Vorgesetzter« der Bürger<sup>3</sup> auftreten, sondern bürgernah, freundlich und besonnen. Polizeiliche Professionalität wurde also daran gemessen, inwiefern die Beamten mit Augenmaß handelten und dabei vor allem die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahrten<sup>4</sup>. Die ambitionierte Re-

<sup>1</sup> Zur Reorganisation der Polizeistrukturen in Preußen vgl. Johannes Buder, *Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923*, Frankfurt a.M. 1986, sowie Peter Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf*, Düsseldorf 1989, S. 44–64. Meine Ausführungen werden sich im Folgenden auf die uniformierte Polizei, d.h. die Sicherheits- bzw. Schutzpolizei konzentrieren. Die beiden anderen Zweige der Polizei, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei, finden keine Berücksichtigung, da sie hinsichtlich ihrer Strukturen, ihrer Aufgaben, der Rekrutierung ihres Führungspersonals sowie vor allem ihrer Maßstäbe für polizeiliche Professionalität fundamentale Unterschiede zur Schutzpolizei aufwiesen. Sie einzubeziehen, würde daher sowohl die Fragestellung als auch den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen. Zur Kriminalpolizei vgl. v.a. Patrick Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996 (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, 34), sowie Carsten Dams, *Kontinuitäten und Brüche. Die höheren preußischen Kriminalbeamten im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus*. In: *Kriminalistik*, 58 (2004), S. 478–483. Die Verwaltungspolizei ist noch weitgehend unerforscht, einzig zu ihrer Abteilung I A, der politischen Polizei, liegen Studien vor, die sich aber v.a. auf die Endphase der Republik konzentrieren. Vgl. Gerhard Schulz, *Staatschutz und Nationalsozialismus in der Ära Brüning*. In: *Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning*. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977 (= *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Reihe 3, 3), S. VII–LXX, sowie Carsten Dams, *Staatschutz in der Weimarer Republik. Die Überwachung und Bekämpfung der NSDAP durch die preußische politische Polizei von 1928 bis 1932*, Marburg 2002.

<sup>2</sup> Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd 1, Köln 1950, S. 317.

<sup>3</sup> Ernst van den Bergh, *Polizei und Volk. Seelische Zusammenhänge*, Berlin 1926 (= *Die Polizei in Einzeldarstellungen*, 1), S. 78.

<sup>4</sup> Zu den Polizeireformen der frühen 1920er Jahre und ihren Grenzen vgl. Richard Bessel, *Militarisierung und Modernisierung. Polizeiliches Handeln in der Weimarer Republik*.

organisation der Ordnungsmacht erfolgte allerdings – zumal in Preußen – mit dem Personal der Kaiserzeit. Vor allem rekrutierte sich der Großteil der neuen Polizeiführer in der preußischen Schutzpolizei aus dem Offizierkorps der wilhelminischen Armee.

Dessen Angehörige waren von der Kriegsniederlage 1918 mit aller Härte getroffen worden: Ihr Weltbild lag in Trümmern, ihre Zukunft war ungewiss. Nur ein Bruchteil von ihnen konnte damit rechnen, eine der 4000 Offizierstellen zu erlangen, auf die der Etat des 100 000-Mann-Heeres nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages beschränkt worden war. Die goldenen wilhelminischen Zeiten, in denen das Offizierkorps sich nahezu unangefochten als erster Stand des Staates betrachten konnte, schienen unwiederbringlich vorüber<sup>5</sup>. Eine Karriere in der Polizei bot nur einen blassen Abglanz der Vergangenheit und wurde von vielen als bloß vorübergehende Lösung empfunden. Dennoch strömten in den Jahren 1919 und 1920 zahlreiche Berufsoffiziere in die neue Polizei: Noch am Ende der 1920er Jahre bestand deren Offizierkorps zu weniger als einem Drittel aus tatsächlich polizeifachlich geschultem Führungspersonal – in der überwiegenden Mehrheit dienten dort Männer, die in ihrem persönlichen und beruflichen Werdegang wesentlich durch Heeres- und Kriegsdienst geprägt worden waren<sup>6</sup>. Innerhalb dieses heterogenen sozialen Gebildes setzten sich die Angehörigen des aktiven Friedensoffizierkorps rasch als dominierender Faktor durch. Dabei gereichte ihnen vor allem ihre lebensweltliche Verbundenheit zum Vorteil, hatten sie doch die spezifische preußisch-deutsche Offizierkultur in teilweise jahrelanger Friedensroutine sozialisatorisch internalisiert. Es gelang ihnen, ihre mentalen Dispositionen, ihre traditionellen Wert- und Normvorstellungen sowie ihren Lebensstil, also

In: »Sicherheit« und »Wohlfahrt«. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Alf Lüdtke, Frankfurt a.M. 1992, S. 323–343; Thomas Lindenberger, Vom Säbelhieb zum »sanften Weg«. Lektüren physischer Gewalt zwischen Bürgern und Polizisten im 20. Jahrhundert. In: WerkstattGeschichte, 12 (2003), S. 7–22; Daniel Schmidt, Schützen und Dienen. Polizisten im Ruhrgebiet in Demokratie und Diktatur 1919–1939, Essen 2008 (= Villa ten Hompel. Schriften, 9), S. 93–96.

<sup>5</sup> Zum preußisch-deutschen Offizierkorps vor dem Ersten Weltkrieg vgl. u.a. Karl Demeter, Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945, Frankfurt a.M. 1962; Wilhelm Deist, Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps 1888–1918. In: Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Hrsg. von Hanns Hubert Hofmann, Boppard a.Rh. 1980, S. 39–57; Heiger Ostertag, Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierkorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Frankfurt a.M. [u.a.] 1990; Stig Förster, Der Krieg der Willensmenschen. Die deutsche Offizierselite auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg, 1871–1914. In: Willensmenschen. Über deutsche Offiziere. Hrsg. von Ursula Brey Mayer, Bernd Ulrich und Karin Wieland, Frankfurt a.M. 1999, S. 23–36; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 66), S. 26–69.

<sup>6</sup> Das preußische Innenministerium ordnete im Jahr 1929 seine Polizeioffiziere offiziell folgenden fünf Gruppen zu: Vor dem Weltkrieg zu oberen Polizeivollzugsbeamten ausgebildete Polizeioffiziere (12 %), ehemalige aktive Offiziere (29 %), ehemalige Reserveoffiziere (16 %), ehemalige Unteroffiziere (24 %) und Polizeioffizieranwärter aus der Zeit der Republik (19 %). Vgl. Wegweiser durch die Polizei. Hrsg. vom Preussisches Ministerium des Innern. In: Sammlung der Drucksachen des Preussischen Landtags (Anlagen zu den Sitzungsberichten). 3. Wahlperiode, 2. Bd, Drucksache 615, 3. Aufl., Berlin 1929, S. 771. Zu den mit dieser Statistik verbundenen Problemen vgl. Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 186 f.

ihren handlungsleitenden Habitus<sup>7</sup> innerhalb des Polizeioffizierkorps als maßgeblich zu etablieren. So deuteten sie sich als Polizeioffiziere nicht als Angehörige einer Berufsgruppe, sondern als gesellschaftlicher Stand. Vor diesem Hintergrund setzten sie in der Konsequenz soldatisch-militärische Maßstäbe für polizeiliche Professionalität, die mit den offiziellen Leitbildern konkurrierten. Diesen Prozess nachzuzeichnen und in seinen Voraussetzungen und Folgen zu analysieren, ist das Anliegen des vorliegenden Beitrags. Dabei werde ich zunächst (I.) exemplarisch die biografischen Potenziale ehemaliger Berufsoffiziere in der preußischen Polizei skizzieren, ohne dabei allerdings den Anspruch auf eine Typologisierung zu erheben<sup>8</sup>. Im Anschluss (II.) wende ich mich deren Bestrebungen zu, in ihrem neuen Betätigungsfeld eine kulturelle, professionelle und politische Hegemonialstellung zu erlangen. In einem dritten Schritt (III.) analysiere ich die Konsequenzen dieser Entwicklung für Militär und Polizei in der ersten Phase des »Dritten Reiches«.

## I.

Die ehemaligen Berufsoffiziere passten sich nicht an – vielmehr passten sie die Verhältnisse im neuen Polizeioffizierkorps ihren Bedürfnissen an. Indem sie ihr neues Betätigungsfeld aktiv in ihrem Sinne gestalteten, prägten sie die preußische Schutzpolizei nachhaltig und zeit ihres Bestehens. Ein bemerkenswerter Vertreter dieser Gruppe war Karl von Oven, zwischen 1932 und 1935 einer der einflussreichsten preußischen Polizeioffiziere – in seiner Karriere verbanden sich idealtypisch soldatisches Selbstverständnis, eine spezifische Ausprägung polizeilicher Professionalität und reaktionäre Republikfeindschaft.

Im Grunde gehörte der Polizeiberuf keineswegs zu den biografischen Optionen Karl von Ovens. Dass er den Großteil seines Lebens in Uniform zubringen würde, stand für den 1888 in Charlottenburg geborenen Sohn eines Berufsoffiziers und späteren Generals allerdings früh fest<sup>9</sup>. Nachdem er mit der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde die Kaderschmiede des preußisch-deutschen Offizierkorps mit Erfolg absolviert hatte, erhielt von Oven 1908 sein Leutnantpatent im angesehenen 3. Garderegiment zu Fuß. Die besten Voraussetzungen für einen Aufstieg in höchste politisch-militärische Kreise waren also gegeben: Neben der richtigen sozialen Herkunft bot sich für von Oven die Gelegenheit, im illustren Umfeld der preußischen Garde persönliche Netzwerke zu knüpfen, die sich im weiteren Verlauf seiner Karriere als dienlich erweisen sollten.

Im August 1914 rückte der junge Leutnant von Oven als Bataillonsadjutant in Richtung Paris aus, wurde jedoch bereits im selben Monat verwundet, als er in sein erstes Gefecht zog. Mit ihm fielen bis Mitte September zwei Drittel der Offiziere

<sup>7</sup> Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M. 1982, S. 171–210.

<sup>8</sup> Eine umfassendere kollektivbiografische Annäherung an das preußische Polizeioffizierkorps der Zwischenkriegszeit habe ich an anderer Stelle vorgelegt. Vgl. Schmidt, *Schützen und Dienen* (wie Anm. 4), S. 186–210.

<sup>9</sup> Zu von Oven vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Staatsarchiv Münster (STAM), Personalakten (PA) I 1932; Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br. (BArch), Pers. 6/295, sowie Wolf Keilig, *Das Deutsche Heer 1939–1945*, Bd 3, Bonn 1956, S. 244.

im 3. Garderegiment durch Verwundung und Tod aus – der Krieg entpuppte sich also bereits in den ersten Wochen als beispielloses Blutbad, von dem das Offizierkorps überproportional betroffen war<sup>10</sup>. Nach seiner Genesung kehrte von Oven im November 1914 zu seiner Einheit zurück und stand als Bataillons- und später als Regimentsadjutant zwei weitere Jahre unmittelbar an der Front – zunächst in Flandern und in der Champagne, später auch in Galizien. Im Sommer und Herbst 1916 wurde das 3. Garderegiment an den Brennpunkten der Sommeschlacht eingesetzt – allein im August verlor es über 1200 Offiziere und Mannschaften, d.h. rund 40 Prozent der Regimentsangehörigen wurden getötet, verwundet oder vermisst<sup>11</sup>.

Mit seiner gründlichen Friedensausbildung und seinem militärischen Talent gehörte von Oven zu jenem Teil des deutschen Offizierkorps, den es als kostbare personelle Ressource ab einem bestimmten Zeitpunkt nach Möglichkeit zu schonen galt<sup>12</sup>. Dementsprechend verbrachte von Oven, inzwischen zum Hauptmann befördert, ab Dezember 1916 den Rest des Krieges in Stabspositionen bei verschiedenen Großverbänden an der Westfront und in Rumänien. Den ernüchternden Eindrücken des Fronteinsatzes, der zeigte, dass der Krieg trotz immensen Aufwandes in absehbarer Zeit nicht zu gewinnen war, folgte also die Verwendung im Stab, während der die Perspektive des Schützengrabens einem größeren Überblick über das Geschehen wich. Die Erfahrung, den Krieg trotz höchster Kraftanstrengungen nicht siegreich beendet zu haben, führte bei jungen Generalstabsoffizieren wie Karl von Oven zu der Überzeugung, einen kommenden Krieg mit unbedingter Konsequenz ausfechten zu müssen und sich dabei nicht von traditionellen moralischen Kategorien des Kriegshandwerks beschränken zu lassen<sup>13</sup>.

Zunächst aber zählte Hauptmann von Oven zu der Mehrheit der aktiven Militärs, für die in der neuen Reichswehr kein Platz mehr war – obwohl er durchaus in das Anforderungsprofil des Seecktschen Kaderheeres gepasst hätte. Nach einem Zwischenspiel im »Grenzschutz Ost« trat von Oven ein Jahr nach dem Waffenstillstand zur Berliner Sicherheitspolizei über, die inzwischen von Oberst Georg Milching von Schönstadt geführt wurde, seinem ehemaligen Regimentskommandeur. Sein Netzwerk trug: Vom Beginn seiner Polizeikarriere an gehörte er zu jenen dezidiert antirepublikanischen Offizieren, die sich oftmals aus der preußischen Garde rekrutierten und der uniformierten Polizei zunächst in Berlin und später in ganz Preußen ihren Stempel aufdrückten<sup>14</sup>. Im Verlauf der 1920er Jahre entwickelte sich

<sup>10</sup> Vgl. Das 3. Garde-Regiment zu Fuß im Weltkrieg. I. Teil: Das 3. Garde-Regiment zu Fuß im Verbands der 1. Garde-Infanterie-Division. Hrsg. von Egon von Loebell, Berlin 1926 (= Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Truppenteile des ehemaligen preußischen Kontingents, 85/1), S. 43. Zu den schweren Einbußen des professionellen Offizierkorps v.a. im ersten Kriegsjahr vgl. Demeter, Das deutsche Offizierkorps (wie Anm. 5), S. 47; Benjamin Ziemann, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923, Essen 1997 (= Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung. Darstellungen, 8), S. 140.

<sup>11</sup> Vgl. Das 3. Garderegiment (wie Anm. 10), S. 205.

<sup>12</sup> Vgl. Demeter, Das deutsche Offizierkorps (wie Anm. 5), S. 48; Hürter, Hitlers Heerführer (wie Anm. 5), S. 72 f.

<sup>13</sup> Vgl. Johannes Hürter, Kriegserfahrung als Schlüsselerslebnis? Der Erste Weltkrieg in der Biographie von Wehrmachtsgenerälen. In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftr. des MGFA hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002, S. 759–771, hier S. 759–776.

<sup>14</sup> Vgl. Bernhard Sauer, Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53 (2005), S. 26–45, hier S. 34; Das 3. Garde-Regiment (wie Anm. 10), S. 164 f.

von Oven, seit 1923 Polizeimajor, sowohl in fachlicher als auch in politischer Hinsicht zu einem der profiliertesten preußischen Polizeioffiziere. Er erarbeitete sich den Ruf, ein Pionier auf dem Felde moderner Polizeiverwendung zu sein. Als Dozent an der Höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam befand er sich zudem lange Zeit in der Position, seiner spezifischen Interpretation polizeilicher Professionalität eine breite Resonanz zu verschaffen<sup>15</sup>. Im Sommer 1929 als Inspektionsführer zur Schutzpolizei Bochum versetzt, untermauerte er seinen Ruf als hervorragender Theoretiker durch aufsehenerregende Erfolge in der Praxis: So gelang es ihm während der Bergarbeiterstreiks im Winter 1930/31, die kommunistischen Erwerbslosenstaffeln Bochums in einer Nacht- und Nebelaktion zu überraschen und sämtlich festsetzen zu lassen. Von diesem Schlag erholte sich die Streikbewegung nicht mehr und brach bald zusammen<sup>16</sup>. Karl von Ovens Ruf und somit auch sein Einfluss auf das Polizeioffizierkorps basierte nicht nur auf den professionellen Erfolgen, die er erzielte, sondern auch auf seinem Engagement als Standesvertreter. In seiner Funktion als Vorsitzender des »Provinzialverbandes Preußischer Polizeioffiziere in Westfalen« und als Mitglied im Hauptausschuss der »Vereinigung der Polizei-Offiziere Preußens« scheute er sich nicht, immer wieder den offenen Konflikt mit der politischen Führung zu suchen. So exponierte er sich im Zusammenhang mit dem Fall des Berliner Polizeimajors Andreas Levit, der wegen republikfeindlicher Ausfälle im Dezember 1931 strafversetzt worden war, als einer der Protagonisten des Konfrontationskurses, den die Offiziervereinigung gegen den preußischen Innenminister Carl Severing einschlug<sup>17</sup>.

Als die autoritäre Kommissariatsregierung im Herbst 1932 nach Offizieren suchte, die bei der Umgestaltung der Polizei eine führende Rolle übernehmen sollten, fiel die Wahl unter anderem auf Polizeimajor von Oven, der erstens über die fachliche Qualifikation, zweitens über die passende politische Orientierung und drittens über die richtigen Verbindungen verfügte, zählten zu seinen Regimentskameraden doch zahlreiche einflussreiche Persönlichkeiten wie Paul von Hindenburg, Oskar von Hindenburg oder Kurt von Schleicher<sup>18</sup>. Von Oven wurde zum Stabschef des »Höheren Polizeiführers im Westen« (HPFiW), Polizeikommandeur Hans Stieler von Heydekampf, ebenfalls Gardeoffizier und profilierter Gegner der Republik<sup>19</sup>, ernannt, zu dessen Aufgaben es zum einen gehörte, das militärische Potenzial der Polizei zu erhöhen und zum anderen, jeglichen republikanischen Einfluss auf die Polizei zu beseitigen. Die neue Behörde bzw. ihre im Frühjahr 1933 eingerichtete Nachfolgebehörde, die Landespolizeiinspektion

<sup>15</sup> Vgl. Alexander Andrae, *Polizei und Heer*, Berlin 1929, S. 72; STAM, PA I 1932, Beurteilung durch den Kommandeur der Höheren Polizeischule Eiche für das Dienstjahr 1928/29.

<sup>16</sup> STAM, PA I 1932, Beurteilung, 1.8.1931; Schmidt, *Schützen und Dienen* (wie Anm. 4), S. 264 f.

<sup>17</sup> Vgl. Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 325–328; zum »Fall Levit« und zur politischen Haltung der Polizeioffiziervereinigung vgl. auch Eric D. Kohler, *The Crisis in the Prussian Schutzpolizei 1930–1932*. In: *Police Forces in History*. Ed. by George Mosse, London 1975, S. 131–150.

<sup>18</sup> Vgl. Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918–1933*, Köln, Berlin 1964, S. 334 f.

<sup>19</sup> Zu Stieler von Heydekampf vgl. BArch, Pers. 6/11913; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTAD), PA, BR-RE 727; Keilig, *Das Deutsche Heer* (wie Anm. 9), S. 328; Joachim Lilla, *Leitende Verwaltungsbeamte und Funktionsträger in Westfalen und Lippe (1918–1945/46)*. Biographisches Handbuch, Münster 2004, S. 287



(LPI) West leistete wenig später auch den nationalsozialistischen Machthabern unverzichtbare Dienste, indem sie die weitgehend reibungslose Gleichschaltung und Militarisierung der rheinisch-westfälischen Schutzpolizei garantierte<sup>20</sup>. Von Oven allerdings war bereits unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in das preußische Innenministerium gewechselt<sup>21</sup>, wo er als Stabschef der Landespolizei die übergeordnete Leitung des Eingliederungsprozesses großer Teile der Polizei in die Wehrmacht übernahm. Auf diese Weise gelangte auch von Oven selbst zurück in die Reihen des Heeres: Im März 1935 trat er als Oberstleutnant zu einem Infanterieregiment über. In den folgenden Jahren setzte sich sein beruflicher Aufstieg fort, bis er schließlich am 1. April 1943 zum General der Infanterie befördert wurde. Nachdem von Oven zuletzt ein Armeekorps an der Ostfront kommandiert hatte, bat er im März 1944 darum, aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit vom Frontdienst beurlaubt zu werden<sup>22</sup>. Er starb 1974.

Offiziere mit Stabserfahrung wie Karl von Oven brachten also glänzende Voraussetzungen für eine Karriere in der Polizei mit. Allerdings waren sie, die sie auch in das Anforderungsprofil der sich als professionelles Kaderheer verstehenden Reichswehr gepasst hätten, Ausnahmefälle<sup>23</sup>. Das in den Jahren 1919 und 1920 neu formierte Offizierkorps der Polizei erwies sich vielmehr als ein Sammelbecken für »Frontoffiziere«<sup>24</sup>, also die kriegs- und nachkriegserprobten »soldatischen Männer« (Klaus Theweleit). Allerdings blieb der Polizeidienst für nicht wenige dieser Veteranen nur eine mehr oder weniger kurze Episode. Zu diesen Offizieren gehörte beispielsweise Hans Ramshorn. Als Ramshorn im Sommer 1920 seine Uniform wechselte und vom Heeres-Oberleutnant zum Polizeihauptmann wurde, hatte er bereits eine Karriere hinter sich, die ihn als in vielerlei Hinsicht typischen Vertreter seiner Offiziergeneration auswies<sup>25</sup>. Bereits in sehr jungen Jahren in das preußische Kadettenkorps aufgenommen, wurde er im Jahr 1910, kaum 18-jährig, zum Leutnant im Thorner Infanterieregiment Nr. 21 ernannt. Während des Weltkrieges wurde er als Zug- und Kompanieführer an Ost- und Westfront zweimal verwundet und verbrachte überdies anderthalb Jahre in russischer Kriegsgefan-

<sup>20</sup> Vgl. Daniel Schmidt, Weichenstellung für das »Dritte Reich«. Die Landespolizeiinspektion West in Düsseldorf. In: »Dienst am Volk«? Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur. Hrsg. von Carsten Dams, Klaus Dönecke und Thomas Köhler, Frankfurt a.M. 2007 (= Forum Polizeigeschichte, 1), S. 115–144.

<sup>21</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin (BAB), Ehem. Berlin Document Center (BDC), DS (Orpo) B 0012, 2938, Erlass Ministerium des Innern (MdI), 20.5.1933.

<sup>22</sup> BAArch, Pers. 6/295, Schreiben an den Oberbefehlshaber der 16. Armee, 9.3.1944.

<sup>23</sup> Vgl. Heinz Hürten, Das Offizierkorps des Reichsheeres. In: Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Hrsg. von Hanns Hubert Hofmann, Boppard a.Rh. 1980, S. 231–245, hier S. 232–234; Marcus Funck, Schock und Chance. Der preußische Militäradel in der Weimarer Republik zwischen Stand und Profession. In: Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd 2: Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Heinz Reif, Berlin 2001 (= Elitenwandel in der Moderne, 2), S. 127–171, hier S. 129 f.

<sup>24</sup> Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard a.Rh. 1969 (= Militärgeschichtliche Studien, 8), S. 220 f.; Deist, Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps (wie Anm. 5), S. 55 f.

<sup>25</sup> Zu Ramshorn vgl. Geheimes Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz (GSTA PK), I. HA, Rep. 77, Personalakten Nr. 2097; Landesarchiv Niedersachsen – Staatsarchiv Osnabrück (STAO), Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 219, sowie Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Bearb. von Joachim Lilla, Düsseldorf 2004, Nr. 843, dort allerdings teilweise fehlerhafte Angaben.

genschaft, aus der er aber im Frühjahr 1918 entfliehen konnte. Ramshorn, dem seine Vorgesetzten attestierten, dass er »als Führer seltenen Einfluss auf seine Leute [besitze], die ihm blindlings vertrauen und für ihn durchs Feuer gehen«<sup>26</sup>, darf mithin als Prototyp des »Frontoffiziers« gelten. Als solcher war der Krieg für ihn mit dem Waffenstillstand im November 1918 keineswegs beendet – vielmehr versuchte er, sein Leben mit Waffen und Gewalt fortzusetzen und dabei gleichzeitig jene »volksfremden Elemente«<sup>27</sup> zur Verantwortung zu ziehen, die er für die als katastrophal empfundene Kriegsniederlage verantwortlich machte. Ramshorn schloss sich daher verschiedenen Freiwilligenformationen an, anfangs im Rahmen des sogenannten Grenzschutzes Ost, später dem Freikorps Roßbach im Baltikum und schließlich der Marinebrigade von Loewenfeld, mit der er im März 1920 zunächst gegen die Reichsregierung putschte, um im folgenden Monat im Auftrag ebendieser Regierung den Aufstand der Roten Ruhr-Armee brutal niederzuschlagen<sup>28</sup>.

Als im Anschluss die Freikorps endgültig aufgelöst wurden und sich für Hans Ramshorn keine Perspektive in der neuen Reichswehr bot, entschloss er sich zum Übertritt in die Polizei. In Sennelager bei Paderborn wurde im Juni 1920 aus dem Freikorps-Oberleutnant ein Polizeihauptmann. Faktisch jedoch änderten sich für Ramshorn vorläufig weder seine Untergebenen – es handelte sich vielfach um Männer, die bereits in den verschiedenen Freikorps unter ihm gedient und ihn nun zur Polizei begleitet hatten<sup>29</sup> – noch seine Aufgaben. Er konnte seine Hundertschaft zur besonderen Verwendung (z.B.V.) der Polizeigruppe Düsseldorf weiter wie eine Freikorpskompanie führen, als Lebens- und Kampfgemeinschaft, zusammenschweißt

»durch die gemeinsam verlebten Kämpfe und die gemeinsam verlebte Gefahr [...] Die Hundertschaft wird dann eine Einheit darstellen, die unantastbar und imstande ist, jeder Macht zu trotzen. Sie wird eine Lebensgemeinschaft werden, in der kraft ihrer Geschlossenheit jedes Mitglied seine Befriedigung findet [...] Dieses lässt sich aber [...] nicht dadurch erreichen, dass der Führer die Hun-

<sup>26</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 219, Dienstleistungszeugnis des Infanterieregiments 21 vom 13.7.1919.

<sup>27</sup> Diesen Begriff benutzte er, um die Verantwortlichen für die »heillose Verwirrung« der Revolution zu kennzeichnen. Vgl. STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 219, Hans Ramshorn, Der Hundertschaftsführer und seine Hundertschaft in ruhiger Zeit und im Kampf, 15.2.1921.

<sup>28</sup> Zum Grenzschutz Ost vgl. Jun Nakata, Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft, Freiburg i.Br. 2002 (= Einzelschriften zur Militärgeschichte, 41), insb. S. 42–50. Zur Gewalt- und Vernichtungsorgie im Baltikum Ende 1919 vgl. Robert G.L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923, Cambridge, MA 1952, S. 130–133; Schulze, Freikorps und Republik (wie Anm. 24), S. 190–196; Vejas Gabriel Liulevicius, Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002, S. 297–300. Zu den Frühjahrskämpfen im Ruhrgebiet 1920 vgl. Schulze, Freikorps und Republik (wie Anm. 24), S. 304–318, und Erhard Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand März–April 1920, 3 Bde, Frankfurt a.M. 1970–1978, die die Ereignisse von unterschiedlichen Standpunkten aus betrachten.

<sup>29</sup> Vgl. dazu STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 248, Personalakte des Unterwachtmeisters Hermann Schäfer, darin insb. MdI an Regierungspräsidium (RP) Osnabrück, 19.11.1921. In diesem Schreiben genehmigt der Innenminister die Versetzung von elf Angehörigen von Ramshorns altem Kommando in Düsseldorf zu dessen neuer Hundertschaft in Osnabrück.

dertschaft nur während weniger Stunden täglich sieht, sondern dass er eben sein ganzes Leben mit ihnen teilt<sup>30</sup>.«

Bereits im Frühjahr 1921 hatte Ramshorn die Gelegenheit, die Schlagkraft seines Konzepts unter Beweis zu stellen. Während des Mitteldeutschen Aufstandes tat sich seine eingeschworene Truppe hartgesottener Front- und Freikorpskämpfer durch ihren ausgesprochenen Kampfeswillen und ihre rücksichtslose Brutalität hervor. So wurden Gefangene umstandslos erschossen<sup>31</sup>. Ramshorns Vorgehen fand große Anerkennung bei seinen Vorgesetzten. So hieß es in der offiziellen polizeitaktischen Analyse über seine Hundertschaft z.B.V.:

»Diese Hundertschaft bestand fast ausschließlich aus einer früheren Kompanie des alten Heeres, die bei der Bildung der Schutzpolizei geschlossen unter ihrem alten Führer übernommen worden war. Sie versagte nie, leistete alles, was von ihr verlangt wurde, und half sich auch unter den schwierigsten Umständen selbst<sup>32</sup>.«

Dem Polizeieinsatz in Mitteldeutschland folgte eine polizeifachliche Kontroverse mit grundsätzlichem Charakter, bei der es im Kern darum ging, wie eine moderne Polizei aufzutreten habe: »Milde« und zurückhaltend oder hart und kompromisslos? Im Rahmen dieses Richtungstreits lieferte Ramshorns Beispiel den Verfechtern einer harten Linie, die eine Orientierung der Schutzpolizei an militärischen Prinzipien forderten, wichtige Argumente. Letztlich konnten sie sich tatsächlich gegen die Befürworter einer zivilen Polizei durchsetzen. Eine konsequente Distanzierung vom militärischen Vorbild als zentrale Voraussetzung einer bürgernahen Polizei unterblieb. Im Gegenteil stand die Bekämpfung von Aufständen durch geschlossene Polizeieinheiten mit militärischen Mitteln fortan im Mittelpunkt der Vorstellungen über polizeiliche Professionalität<sup>33</sup>.

Ramshorn selbst jedoch hatte keine Zukunft in der Polizei – wie viele andere ehemalige Front- und Freikorpsoffiziere hatte er große Schwierigkeiten, sich in die bürokratische Routine der Schutzpolizei einzupassen<sup>34</sup>. Dienstvergehen häuften sich, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung konnte im Frühsommer 1921 nur aufgrund der Protektion durch einflussreiche Polizeioffiziere niedergeschlagen werden. Dennoch wurde Ramshorn nach Osnabrück strafversetzt. Auch dort musste sein neuer Vorgesetzter, Polizeimajor Pfeiffer,

<sup>30</sup> Ramshorn, *Der Hundertschaftsführer* (wie Anm. 27).

<sup>31</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (LHASA MER), C 48 Ie, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22.3.1924; Christian Knatz, »Ein Heer im grünen Rock«? Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000, S. 200 f., 209. Zum besonders brutalen Vorgehen der Düsseldorfer Polizeieinheiten unter Polizeiobst Graf Poninski, zu denen auch Ramshorn gehörte, vgl. Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen, 17), S. 135–138.

<sup>32</sup> Walter Drobniß, *Der mitteldeutsche Aufstand 1921. Seine Bekämpfung durch die Polizei*, Lübeck, Berlin, Hamburg 1929, S. 75.

<sup>33</sup> Vgl. Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 231–234; Christian Knatz, *Ein Sieg über Aufrührer und Reformen. Der Mitteldeutsche Aufstand von 1921 als verpaßte Chance der preußischen Schutzpolizei*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 46 (1998), S. 28–39.

<sup>34</sup> Vgl. Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 175–179.



»infolge seiner langen Gefangenschaft in Russland und infolge des Landsknechtslebens bei verschiedenen Freikorps eine erhebliche Verwilderung der Sitten insofern feststellen, als R.[amshorn] sich gern dem Trunk, Spiel und Weibern hingab, sich auch nicht immer einer genügenden Zurückhaltung in der Öffentlichkeit befleißigte und im Verkehr mit Vorgesetzten nicht immer den richtigen Ton fand<sup>35</sup>.«

Gleichwohl sah Pfeiffer bei Ramshorn sehr gute Anlagen und insbesondere eine »anständige Gesinnung« verwirklicht. Letzteres ist ebenso bemerkenswert wie bezeichnend, denn Ramshorn war in der kurzen Zeit seiner Zugehörigkeit zur Polizei nicht nur als gnadenloser Verfechter des kurzen Prozesses, sondern auch als Antisemit und Republikfeind auffällig geworden<sup>36</sup>. Trotz des offenkundigen Wohlwollens seines Kommandeurs erwies sich Ramshorn letztendlich als unhaltbar: Nach erneuten Ausfällen – Verstoß gegen Dienstpflichten, Trunkenheit, Falschspiel – wurde er am 31. März 1923 aus der Schutzpolizei entlassen<sup>37</sup>.

Sein weiterer Lebensweg weist deutliche Parallelen zum dem eines anderen aus disziplinarischen Gründen entlassenen Polizeioffiziers auf, der später einige Berühmtheit erlangen sollte: Walter Stennes<sup>38</sup>. Ebenso wie Stennes verdingte er sich zunächst in führender Funktion bei der Schwarzen Reichswehr in Brandenburg und Mecklenburg, bevor er nach dem Küstriner Putschversuch festgenommen wurde und dann für einige Zeit abtauchte<sup>39</sup>. Später traten beide als hohe SA-Führer in Ostdeutschland hervor. Während Stennes jedoch nach seinem Berliner Putschversuch 1931 die nationalsozialistische Bewegung und schließlich auch Deutschland verlassen musste, stieg Ramshorn zum SA-Brigadeführer und wichtigsten Gefolgsmann seines alten Freikorpskameraden Edmund Heines in Schlesien auf. Als Führer der oberschlesischen SA verantwortete er im Sommer 1932 eine bis dahin beispiellose Welle nationalsozialistischen Terrors, die in dem brutalen Mord von Potempa gipfelte, der reichsweit für Aufsehen sorgte. Im Frühjahr 1933 zum Polizeipräsidenten von Gleiwitz ernannt, organisierte er die nationalsozialistische Machtergreifung und -absicherung in Oberschlesien. Hans Ramshorns Leben endete schließlich, wie er es geführt hatte – mit Gewalt. In einem Waldstück in der Umgebung Breslaus wurde er, der 1919, 1920 und 1923 tatsächlich geputscht hatte, in der Nacht zum 1. Juli 1934 von einem SS-Kommando als angeblicher Putschist erschossen<sup>40</sup>.

<sup>35</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 I, Nr. 34, Bd 1, Kommandeur der Schutzpolizei (KdS) Osnabrück an RP Osnabrück, 18.8.1922.

<sup>36</sup> Vgl. u.a. STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 219, Meldung des Wachtmeisters Marschall, o.D. (ca. April 1921).

<sup>37</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 II, Nr. 219, MdI an RP Osnabrück, 14.12.1922.

<sup>38</sup> Zu Stennes' ebenso kurzer wie spektakulärer Polizeikarriere sowie zu seinem späteren Wirken vgl. Sauer, Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei (wie Anm. 14), S. 34–42.

<sup>39</sup> Als Offizier der Schwarzen Reichswehr hielt er im Sommer 1923 engen Kontakt zu seiner alten Hundertschaft und warb mit Erfolg Polizeiangehörige ab. Vgl. STAO, Rep. 430, Dez. 201, Akz. 11/57 I, Nr. 35 und Nr. 36. Vgl. auch Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln [u.a.] 1991, S. 46 f.; zu Schwarzer Reichswehr und Küstriner Putsch vgl. Waite, Vanguard of Nazism (wie Anm. 28), S. 239–253; Bernhard Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004, S. 45–77.

<sup>40</sup> Zu Ramshorns Rolle in der oberschlesischen SA vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934, New Haven, CT [u.a.] 1984, S. 64 f., 89–92., 115, 134 f.; vgl. auch Otto Gritschneider, »Der Führer hat

## II.

Der Verlauf der erstaunlichen (Polizei-)Karrieren des Generals der Infanterie Karl von Oven und des SA-Brigadeführers Hans Ramshorn wurde durch professionelle und kulturelle Weichenstellungen in der Frühphase der preußischen Schutzpolizei beeinflusst. Innerhalb des neu formierten Polizeioffizierkorps war es nach 1921 kaum mehr umstritten, dass sich eine erfolgreiche Polizeiarbeit in Theorie und Praxis am Militär zu orientieren hatte – potenzielle Reformer waren in ihre Schranken verwiesen worden. Eine konsequente Lösung vom Vorbild des Heeres, eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung als »Volkspolizei«, fand nicht statt. Die fortan gültigen Vorstellungen über polizeiliche Professionalität waren vielmehr fest in ein militärisches Bezugssystem eingebunden, in dem der geschlossene Einsatz als Königsdisziplin, der tägliche Routinedienst in den Revieren jedoch als vernachlässigbar galt. Diese Auffassung schlug sich nachhaltig in der Ausbildungspraxis der Polizei- und Polizeioffizieranwärter nieder, die sich ihre Sporen zunächst in Polizeikasernen und Polizeihundertschaften zu verdienen hatten, bevor sie in den Revierdienst versetzt werden konnten. Trotz der enormen Wertschätzung militärischer Denk- und Verhaltensformen erwies sich die lebensweltliche Orientierung einiger Polizeioffiziere am exzessiven Soldatentum des Front- und Freikorpskämpfers als in höchstem Maße dysfunktional. Um solche Fehlentwicklungen einzudämmen und für die Zukunft zu vermeiden, bemühten sich die maßgeblichen Kreise des preußischen Polizeioffizierkorps darum, Habitus und Selbstverständnis des Vorkriegsoffizierkorps als Maßstab zu etablieren<sup>41</sup>. Wer sich damit nicht zu arrangieren vermochte, musste – wie die Polizeihauptleute Ramshorn und Stennes – gehen.

Preußisch-deutsche Militärtraditionen prägten also wesentlich die mentalen Dispositionen der Polizeioffiziere, die sich daher zunächst durch ein an Arroganz grenzendes Selbstbewusstsein auszeichneten: Als deutsche Offiziere waren sie überzeugt, allen Lagen gewachsen zu sein<sup>42</sup>. Folgerichtig lehnten sie es entschieden ab, als Beamte zu gelten, und bestanden darauf, als vollwertige Offiziere anerkannt zu werden. Dementsprechend beanspruchten die Polizeioffiziere zum einen das gleiche Maß an öffentlichem Ansehen wie Offiziere der Reichswehr, zum anderen deren Achtung und Akzeptanz im Umgang miteinander<sup>43</sup>. Die neofeudale Selbstinszenierung der Reichswehr als militärische Elite und der damit verbundene Snobismus ihrer Offiziere schloss derartige Zugeständnisse allerdings kategorisch aus – Konflikte um Kompetenzen und Prestige vermischten sich und bestimmten fortan das Verhältnis der beiden Organisationen, die der jungen Republik ihr Gewaltmonopol sichern sollten<sup>44</sup>. Vor diesem Hintergrund postulierten Polizeioffiziere eine über den offiziell erhobenen Anspruch auf Gleichwertigkeit

sie zum Tode verurteilt ...« Hitlers »Röhm-Putsch«-Morde vor Gericht, München 1993, S. 104–113.

<sup>41</sup> Vgl. Leßmann, Die preußische Schutzpolizei (wie Anm. 1), S. 199.

<sup>42</sup> Vgl. Andrae, Polizei und Heer (wie Anm. 15), S. 84 f.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 23.

<sup>44</sup> Vgl. Peter Leßmann-Faust, Reichswehr und preußische Schutzpolizei im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik. In: Die deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanzierten Verhältnis. Hrsg von Peter Nitschke, Hilden 1996, S. 119–138, hier S. 127–129; Funck, Schock und Chance (wie Anm. 23), S. 130 f.

hinausgehende Überlegenheit gegenüber den Heeresoffizieren, da sie über die gleichen militärischen Fähigkeiten zu verfügen meinten, zusätzlich aber als Personen des öffentlichen Interesses viel mehr Verantwortung zu tragen hätten<sup>45</sup>. Dieses ostentative Selbstbewusstsein konnte die tatsächliche Statusunsicherheit der Polizeioffiziere jedoch kaum überdecken, mussten sie doch zähneknirschend konzedieren, dass innerhalb des Polizeioffizierkorps vor allem in Gestalt der ehemaligen Unteroffiziere, aus denen es sich zu rund einem Viertel rekrutierte, zahlreiche Offiziere dienten, deren soziale Herkunft sie nach den Kriterien der alten Armee nicht gerade als »Adel der Gesinnung« auswies<sup>46</sup>.

Dieser prekären Heterogenität begegneten die ehemaligen Berufsmilitärs, indem sie für die preußischen Polizeioffiziere ein soldatisch-elitäres Anforderungsprofil entwickelten. Sie knüpften somit an die Praxis des preußischen Offizierkorps an, das zu Kaisers Zeiten den bedrohlichen Wandlungsprozessen der modernen Welt, insbesondere dem Aufstieg des Bürgertums in seinen Rängen, elitäre und exklusive Orientierungsmuster entgegensetzte. Die Pflege verbindlicher, adlig-feudaler Leitbilder bildete die Grundlage einer gemeinsamen Identität und diente als Integrationsmittel ebenso wie zur Ausgrenzung unerwünschter Elemente<sup>47</sup>. In seiner Studie *Polizei und Heer* aus dem Jahr 1929 betonte Alexander Andrae<sup>48</sup> – ehe-

<sup>45</sup> Vgl. STAM, Regierung Arnberg, Nr. 29525, Gedächtnisprotokoll zum Vortrag des Chefs der Schutzpolizei, General d. LP v. Zepelin, in der Polizeiunterkunft Dortmund vom 29.9.1933; auch Hermann Boesch, *Jugend in der Weimarer Republik. Erlebte Zeitgeschichte*, Melle 1989, S. 276. Es handelt sich um die Memoiren eines Polizeioffiziers.

<sup>46</sup> Zum »Adel der Gesinnung«, den im Kaiserreich als offizierfähig geltenden Schichten, vgl. Detlef Bald, *Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert*, München 1982, S. 40–43; Ostertag, *Bildung, Ausbildung und Erziehung* (wie Anm. 5), S. 40–47.

<sup>47</sup> Vgl. Demeter, *Das deutsche Offizierkorps* (wie Anm. 5), S. 29; Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2004, S. 81, 119 f.; Mark R. Stoneman, *Bürgerliche und adlige Krieger: Zum Verhältnis zwischen sozialer Herkunft und Berufskultur im wilhelminischen Armee-Offizierkorps*. In: *Adel und Bürgertum in Deutschland* (wie Anm. 23), S. 25–63, hier S. 32 f.: Es handelte sich jedoch nicht um eine einseitige Feudalisierung bürgerlicher Offiziere, vielmehr verbanden sich adelige und bürgerliche Orientierungsmuster zu einem Amalgam, das Denken und Handeln des wilhelminischen Offizierkorps bestimmte.

<sup>48</sup> Andraes Lebensweg wäre durchaus eine eigenständige wissenschaftliche Biografie wert. Alexander Andrae (1888–1979) trat 1920 zur Sicherheitspolizei über und lehrte ab Mitte der 1920er Jahre an der Höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam und am Berliner Polizeiinstitut. 1935 kehrte er zur Wehrmacht zurück und erreichte bis Kriegsende den Rang eines Generals der Flieger. In den Jahren 1941 und 1942 etablierte er als Kommandant der Festung Kreta das System der Kollektivhaftung und hatte Massenexekutionen kretischer Zivilisten zu verantworten. Nach dem Krieg wurde Andrae in Griechenland zu vierfacher lebenslänglicher Haft verurteilt, später begnadigt und 1952 auf freien Fuß gesetzt. Danach gehörte er zu den profiliertesten Rechtsradikalen der jungen Bundesrepublik, u.a. als Parteivorsitzender der Deutschen Reichspartei. Vgl. u.a. Die Generale der deutschen Luftwaffe. Die militärischen Werdegänge der Flieger-, Flakartillerie, Fallschirmjäger und Ingenieur-Offiziere einschließlich der Ärzte, Richter, Intendanten und Ministerialbeamten im Generalsrang, Bd 1. Hrsg. von Dermot Bradley, Karl Friedrich Hildebrand und Markus Rövekamp, Osnabrück 1990, S. 13–15; Marlen von Xylander, *Die deutsche Besatzungsherrschaft auf Kreta 1941–1945*, Freiburg i.Br. 1989 (= Einzelschriften zur Militärgeschichte, 32), S. 43–45, 139; Oliver Sowinski, *Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei*, Frankfurt a.M. [u.a.] 1998, S. 97 f., 141. Bemerkenswert ist zudem, dass es sich bei Andraes zivilem Vorgesetzten im Berliner Polizeiinstitut um den bereits zitierten (Anm. 3) verabschiedeten Reichswehr-Obersten Ernst van den Bergh handelte. Dieser ehemalige Berufsoffizier, der wäh-

dem ein aktiver Artillerieoffizier, der inzwischen als Polizeimajor am Berliner Polizeiinstitut lehrte – die große Nähe von militärischem und polizeilichem Führertum: Gefragt war die »wirkliche Führernatur«, die sich durch die klassischen Clausewitzschen Fähigkeiten Lagebeurteilung, Entschlussfassung und Verantwortungsfreude auszeichnete<sup>49</sup>. Die idealtypischen (Charakter-)Eigenschaften des preußischen Offiziers galten mithin auch in der Polizei als Maßstab, also »fester Wille, Tatendrang, Mut der Verantwortung, Selbstvertrauen, Besonnenheit, Phantasie, Menschenkenntnis, Selbstverleugnung und noch manche andere«<sup>50</sup>.

Wesentliches Instrument zur verbindlichen Etablierung solcher Kategorien im preußischen Polizeioffizierkorps der Zwischenkriegszeit waren die regelmäßigen Leistungsbeurteilungen<sup>51</sup>. Mit der Bewertung von Anlagen, Fähigkeiten, Verhalten und Führung ihrer Untergebenen erbrachten die Vorgesetzten eine zweifache Konstruktionsleistung. Zum einen entwarfen sie ein idealisiertes Selbstbild des Polizeioffizierstandes – Beurteilungen sagen über den Beurteilenden ebenso viel aus wie über den Beurteilten. Zum anderen verliehen sie nicht nur der dienstlichen Rangordnung Ausdruck, sondern konstruierten anhand der Kriterien Charakter, Männlichkeit und Habitus auch eine soziale Hierarchie.

Erstens: »Charakter ist alles<sup>52</sup>.« Dieses klassische Credo preußischer Militärclassen bestimmte auch das Selbstverständnis der Polizeioffiziere. Idealtypisch war der Charakter des Offiziers »gerade« und »fest« – aus ihm gewann er Ruhe, Sicherheit und Selbstbewusstsein, mithin die nach Clausewitz notwendigen Voraussetzungen dafür, einen Entschluss zu fassen und für dessen Konsequenzen die Verantwortung zu übernehmen<sup>53</sup>. Wer die zu diesem Zweck als notwendig erachtete Härte gegen sich selbst und gegen andere aufbrachte, galt als »ausgesprochene Führernatur«<sup>54</sup>. Wer hingegen als zu »weich« eingestuft wurde, war »keine Führernatur«<sup>55</sup>.

Zweitens: In den charakterlichen Anforderungen an den idealen Polizeioffizier spiegeln sich die aus dem militärischen Denken stammenden Vorstellungen über

rend des Ersten Weltkrieges vornehmlich in hohen Stabspositionen im Kriegsministerium gedient hatte, wurde zu einem der führenden Theoretiker der preußischen Schutzpolizei. Zu van den Bergh vgl. Aus den Geburtsstunden der Weimarer Republik. Das Tagebuch des Obersten Ernst van den Bergh. Hrsg. von Wolfram Wette, Düsseldorf 1991 (= Quellen zur Militärgeschichte, Serie A, Bd 1), insb. S. 9–15.

<sup>49</sup> Andrae, Polizei und Heer (wie Anm. 15), S. 51 und S. 83 (Zitat), auch S. 73 f.

<sup>50</sup> So formulierte Wilhelm II. im Jahr 1912 seine Erwartungen an seine Offiziere. Die Kontinuität solcher Anforderungen an den Charakter deutscher Offiziere geht aus der Lehrordnung der Kriegsschule von 1935 hervor: »Festigkeit des Willens, Tatkraft, Urteilsvermögen, verantwortungsfreudige Kühnheit und eine auf Können beruhende Sicherheit im Auftreten und Handeln«. Nach: Bald, Der deutsche Offizier (wie Anm. 46), S. 106–108.

<sup>51</sup> Zum Beurteilungswesen der Polizei in der Zwischenkriegszeit vgl. Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 170 f.

<sup>52</sup> Malinowski, Vom König zum Führer (wie Anm. 47), S. 87; vgl. auch Bald, Der deutsche Offizier (wie Anm. 46), S. 105 f.

<sup>53</sup> Vgl. STAM, Polizeipräsidien (PP), Sammlung (Slg.) Primavesi 153, Beurteilung vom 17.6.1924; STAM, PA 35/245, Beurteilung vom 30.8.1925; ebd., PA 35/326, Beurteilung vom 25.8.1928; ebd., PA 35/327, Beurteilung vom 11.9.1928; ebd., PA 35/353, Beurteilung vom 1.8.1930; ebd., PA 35/13, Beurteilung vom 1.8.1930; STAM, PP, Slg. Primavesi 149, Beurteilung vom 1.8.1937.

<sup>54</sup> STAM, PA 32/283, Beurteilung vom 6.9.1932. Vgl. auch ebd., PA I 1932, Beurteilung vom 1.8.1931.

<sup>55</sup> STAM, PA II 3653, Lehrgangszeugnis der Höheren Polizeischule Eiche, 14.7.1926.

Männlichkeit, die innerhalb des Polizeioffizierkorps hegemonial waren<sup>56</sup>. Die Forderung nach maskuliner Härte verband sich mit dem gesellschaftlichen Leitbild des »jugendfrischen«<sup>57</sup>, ebenso leistungsfähigen wie tatkräftigen Mannes. Dementsprechend standen die äußerlichen Attribute, über die ein Polizeioffizier verfügen sollte, in engem Zusammenhang mit den zeitgenössischen Vorstellungen über den jugendlich-soldatischen Helden und dessen muskulösen, sportlichen und schlanken Körper<sup>58</sup>.

Drittens: Der feste Charakter und die soldatische Männlichkeit des Polizeioffiziers wurden durch dessen Auftreten unterstrichen, das sich an den traditionellen Habitusformen preußischer Offiziere zu orientieren hatte. Seine Haltung sollte von straffer Eleganz zeugen, Selbstbewusstsein gegenüber Kameraden, Untergebenen und der Öffentlichkeit ausstrahlen und nicht zuletzt die Offizierethre unterstreichen<sup>59</sup>. Entsprechend aufmerksam achteten Polizeioffiziere auf eine gepflegte Erscheinung und auf eine tadellose Uniform, ließen doch nach einer nicht nur in der Schutzpolizei, sondern in der gesamten Gesellschaft verbreiteten Lesart äußerliche Nachlässigkeiten auf Charakterschwäche und fehlende Ehrenhaftigkeit schließen<sup>60</sup>. Die selbstverständliche Beherrschung bestimmter Kulturtechniken wie des Reitens unterstrich diesen Habitus ebenso wie bestimmte Statussymbole: So trugen Polizeioffiziere nicht selten Monokel, geradezu klassische Accessoires preußischer Offiziere<sup>61</sup>. Ihre bevorzugten Seitenwaffen waren Offizierdegen bzw. -säbel ihrer alten Waffengattungen. Als die preußische Regierung diese Praxis am 1. April 1930 untersagte und gleichzeitig den Hirschfänger zur Einheits- und Standardausrüstung machte, um explizit der optischen Privilegierung einiger Teile des Offizierkorps ein Ende zu setzen, hatte dies scharfe Proteste zur Folge<sup>62</sup>. Nicht nur der Auf-

<sup>56</sup> Vgl. Robert W. Connell, *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*, Opladen 1999 (= *Geschlecht und Gesellschaft*, 8), S. 212 f. Connell verweist auf die zentrale Bedeutung der Clausewitz-Rezeption für die seit dem 19. Jahrhundert generierte militärische Männlichkeit.

<sup>57</sup> STAM, PA 35/307, Beurteilung vom 22.8.1928. Vgl. auch ebd., PA 35/245, Beurteilung vom 19.9.1927; ebd., PA 35/678, Beurteilung vom 25.8.1928; ebd., PA 35/115, Beurteilung vom 29.8.1929; ebd., PA 35/307, Beurteilung vom 25.8.1930; ebd., PA I 1931, Beurteilung vom 27.8.1932.

<sup>58</sup> Vgl. STAM, PA, PP Recklinghausen A 41, Beurteilung vom 19.1.1924; ebd., PA 35/81, Beurteilungen vom 30.8.1925 und 31.8.1928; ebd., PA 35/401, Beurteilung vom 1.8.1929; ebd., PA I 1514, ebd., PA I 1931, Beurteilung vom 31.8.1930; ebd., PA I 1931, Beurteilung vom 27.8.1932. Zum entsprechenden männlichen Schönheitsideal vgl. George Mosse, *Das Bild des Mannes*, Frankfurt a.M. 1997, S. 57–60, sowie Jens Schmidt, »Sich hart machen, wenn es gilt«. Männlichkeitskonzeptionen in Illustrierten der Weimarer Republik, *Münster 2000* (= *Geschlecht – Kultur – Gesellschaft*, 3), S. 88–90.

<sup>59</sup> Vgl. STAM, PA I 9124, Beurteilung vom 13.8.1925; ebd., PA 35/81, Beurteilung vom 30.8.1925; ebd., PA 35/327, Beurteilung vom 1.8.1932; BArch, Pers. 6/295, Beurteilung vom 31.1.1935.

<sup>60</sup> Vgl. Erwin Palm, *Die Polizeischule. Eine soziologische Studie*, Diss. Köln 1933, S. 61; Boesch, *Jugend* (wie Anm. 45), S. 306 und 342; Mosse, *Das Bild des Mannes* (wie Anm. 58), S. 35–39.

<sup>61</sup> Vgl. STAM, PA 35/31, Beurteilung vom 1.8.1927; ebd., PA 35/307, Beurteilung vom 22.8.1928; Boesch, *Jugend* (wie Anm. 45), S. 304 f.; zur Bedeutung des Reitens als integraler Bestandteil des am Adel orientierten Habitus des preußischen Offizierkorps vgl. Bald, *Der deutsche Offizier* (wie Anm. 46), S. 86–89; Malinowski, *Vom König zum Führer* (wie Anm. 47), S. 64 f.

<sup>62</sup> Vgl. *Die Polizei*, 27 (1930), S. 192 f. Dazu auch Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 194 f. An diesen Konflikt anknüpfend verließ der nationalsozialistische Innenminister Hermann Göring der Schutzpolizei bereits im März 1933 erneut das Recht,



tritt, auch die Umgangsformen des preußischen Polizeioffiziers orientierten sich an einer »hybriden Offizierskultur«<sup>63</sup>. Während die Ehefrauen ranghöherer Polizeioffiziere jungen Nachwuchsoffizieren mit vielversprechendem Hintergrund die entsprechenden Konventionen im Rahmen von privatem Anstandsunterricht vermittelten, wurden ehemalige Unteroffiziere, denen solche Kenntnisse fehlten, im außerdienstlichen gesellschaftlichen Verkehr isoliert. Diese Praxis schlug sich auch in ihren Beurteilungen nieder: So wurde einem zum Polizeileutnant aufgestiegenen vormaligen Vizefeldwebel 1925 attestiert, dass es ihm nicht leicht fiel, »sich in die Lebensformen des Pol.[izei-]Offizierskorps einzugewöhnen«. Außerdem fehlte es ihm an der Haltung, »die für einen Polizeioffizier erstrebenswert ist«<sup>64</sup>.

Die Überhöhung von traditionellen Standesbegriffen und Habitusformen preußisch-deutscher Militäreliten verband Integration mit Ausgrenzung. Indem ein Anforderungskatalog als verbindlich definiert und anerkannt wurde, der sich explizit auf das Idealbild des preußisch-deutschen Offiziers der alten Armee bezog, erhielt das preußische Polizeioffizierskorps eine Zweiklassenstruktur, bestehend aus einem exklusiven Kern ehemaliger aktiver Offiziere und charakterlich geeigneter Nachwuchsoffiziere einerseits und denjenigen Polizeioffizieren, deren sozialer, kultureller und professioneller Hintergrund als fragwürdig galt, andererseits. Letzteren, Söhnen von Fabrikarbeitern oder ehemaligen Unteroffizieren, wurde zwar durchaus zugestanden, gute und verlässliche Leistungen zu erbringen – dem Idealbild des (Polizei-)Offiziers konnten sie aber niemals genügen. Entsprechend begrenzt waren ihre Karrierechancen. Ehemalige aktive Offiziere konnten also sowohl die kulturelle wie auch die professionelle Hegemonie innerhalb des preußischen Polizeioffizierskorps behaupten. Sie setzten dessen Leitlinien und Leitbegriffe und konnten so ihr soziales Kapital in beruflichen Aufstieg ummünzen<sup>65</sup>. Die Definition polizeilicher Professionalität anhand soldatisch-militärischer Maßstäbe führte zu einem dazu, dass die preußische Schutzpolizei auf einen militärischen Einsatz weitaus besser vorbereitet war als auf den polizeilichen Schutz der Republik. Zum anderen wurde so verhindert, dass sich eine demokratische und zivile Polizeipraxis im Sinne der offiziellen Leitbilder von »wahrer Volkspolizei« und »Freund und Helfer« durchsetzen konnte.

Allerdings blieben die Bestrebungen der ehemaligen Berufsmilitärs nicht gänzlich unwiderrprochen. Immer wieder kam es zu Konflikten unter Polizeioffizieren, die aus der tiefen sozialen, sozialisatorischen und lebensweltlichen Spaltung des Polizeioffizierskorps resultierten. Solche Auseinandersetzungen entzündeten sich vor allem an unterschiedlichen Haltungen zur Republik, denn während einige

Degen und Säbel zu tragen. Auf diese Weise bestätigten die Nationalsozialisten die kollektive Identität der Polizeioffiziere als Gemeinschaft soldatischer Männer und gaben ihnen die Möglichkeit, dieses Selbstverständnis symbolisch zu vermitteln. Es handelte sich also um einen nicht unbedeutenden Akt der kulturellen Integration der Polizei in den entstehenden NS-Staat. Vgl. Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 385 f.

<sup>63</sup> Michael Geyer, *Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980*, Frankfurt a.M. 1984, S. 99; vgl. auch Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 197 f.

<sup>64</sup> STAM, PA II 3653, Beurteilung vom 20.8.1925. Zu ähnlichen Fällen vgl. auch ebd., PA I 5286, Beurteilung vom 28.7.1927; ebd., PA I 9236, Beurteilung vom 5.8.1927; ebd., PA 35/327, Beurteilung vom 11.9.1928; ebd., PA 35/100, Beurteilung vom 26.9.1929; ebd., PA 35/188, Beurteilung vom 28.5.1931.

<sup>65</sup> Zum Begriff des sozialen Kapitals vgl. Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: *Soziale Ungleichheiten*. Hrsg. von Reinhard Kreckel, Göttingen 1983, S. 183–198, hier S. 190–195.

Polizeioffiziere deren Errungenschaften zu schätzen wussten und bereit waren, sie zu verteidigen, wollten sich zahlreiche andere, vor allem die meinungsführenden ehemaligen Berufsmilitärs, nicht mit den Verhältnissen der Weimarer Demokratie arrangieren. Sie betonten das Idealbild des vorgeblich unpolitischen Offiziers, der sich ausschließlich am Interesse des Staates ausrichtete, hinter dessen Fassade sich jedoch ähnlich wie in der Reichswehr zumeist eine grundsätzliche Absage an die republikanische Staatsform verbarg<sup>66</sup>. Gerade an den Polizeischulen waren republikfeindliche Polizeioffiziere überproportional vertreten<sup>67</sup>: Sie trugen Sorge dafür, dass dieses Verständnis von sachlicher Staatspolitik, verknüpft mit der strikten Ablehnung jeder Parteipolitik, also eines wesentlichen Merkmals der Demokratie, im Rahmen der Offizierausbildung an den eigenen Nachwuchs weitergegeben wurde.

Dennoch konnte sich in den zahlreichen Kontroversen zwischen Gegnern und Befürwortern der Republik, die während der 1920er und frühen 1930er Jahre an verschiedenen Standorten der Schutzpolizei ausgetragen wurden, nicht selten die republikanische Seite durchsetzen<sup>68</sup>. Ehemalige Berufsmilitärs konnten ihre kulturelle Hegemonie also zwar in professionelle, aber keineswegs unangefochten in politische Hegemonie umsetzen. Im »Fall Levit« beispielsweise, in dem auch Polizeimajor von Oven klar gegen die Regierung Stellung bezogen hatte, war ein nicht unbeträchtlicher Teil der Polizeioffiziere nicht bereit, dem harschen Kurs der Polizeioffiziervereinigung zu folgen. Da der politischen Führung in Preußen jedoch oftmals die letzte Konsequenz im Umgang mit Polizeioffizieren fehlte, die sich als Republikfeinde erwiesen hatten, schwelten die Konflikte unter der Oberfläche weiter. Nach dem »Preußenschlag« und der späteren Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ergriffen die republikfeindlichen Kräfte innerhalb des Polizeioffizierkorps schließlich die Gelegenheit, diese Probleme endgültig in ihrem Sinne zu lösen. Während der politischen Säuberungen der Jahre 1932 bis 1934, insbesondere verbunden mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (BBG), das die Schutzpolizei in weitgehender Eigenregie umsetzen konnte, wurden alle Exponenten eines republiknahen Kurses ausgestoßen<sup>69</sup>. Bezeichnenderweise jedoch nahmen die Protagonisten der deutschnationalen Polizeioffiziervereinigung die Säuberungsmaßnahmen nicht nur zum Anlass, politisch missliebige Polizeioffiziere zu entfernen, sondern strebten zugleich nach sozialer Auslese: Es war aus ihrer Sicht zu prüfen, ob »Offiziere noch für würdig befunden werden können, einem deutschen Offizierskorps anzugehören«, die »hinsichtlich ihrer Charakterveranlagung, ihres Verhaltens und Auftretens als Offizier und Kamerad

<sup>66</sup> Vgl. Peter Leßmann-Faust, *Gewalt und Gewaltmonopole. Parameter der »Inneren Sicherheit« in der Weimarer Republik*. In: *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*. Hrsg. von Martin Dinges und Fritz Sack, Konstanz 2000 (= *Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven*, 3), S. 241–263, hier S. 245 f.

<sup>67</sup> Vgl. Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd 2, Köln 1950, S. 294; Boesch, *Jugend* (wie Anm. 45), S. 429; Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 251–253.

<sup>68</sup> Vgl. Hsi-Huey Liang, *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*, Berlin 1977 (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin*, 47), S. 85; Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 213 f.; Schmidt, *Schützen und Dienen* (wie Anm. 4), S. 184 f.

<sup>69</sup> Vgl. Schmidt, *Schützen und Dienen* (wie Anm. 4), S. 356–367: In den Polizeiverwaltungen des Ruhrgebiets wurde gegen rund ein Fünftel der Polizeioffiziere aus politischen Gründen ermittelt, zwischen 10 und 15 % wurden tatsächlich entlassen bzw. pensioniert.

in erheblichem Maße« fragwürdig und belastet seien<sup>70</sup>. Kriterien, die ursprünglich entwickelt und implementiert worden waren, um unerwünschte Elemente zu isolieren, wurden nun also tatsächlich zu deren Aussonderung herangezogen.

Im Kern handelte es sich bei der politischen Säuberung innerhalb des Polizei-offizierkorps um eine zugespitzte Fortsetzung der bereits in republikanischen Zeiten betriebenen informellen Personalpolitik deutschnational-konservativer Netzwerke, die darauf zielte, Mitglieder der eigenen Gruppe in wichtige Positionen zu bringen und gleichzeitig unerwünschte Personen von diesen fernzuhalten. Schon in den 1920er Jahren hatten die aus der Armee übernommenen Polizei-offiziere ihren Einfluss ausgebaut: So stieg ihr Anteil an den Polizeimajoren, d.h. den Führern der Polizeiinspektionen und kleinen Kommandos, aus denen sich die zukünftigen Spitzenbeamten der Schutzpolizei rekrutieren würden, von 1921 bis 1929 von 42,5 auf 57,7 Prozent. Auch unter den Polizeiobersten, die die Kommandos der Schutzpolizei bei den großen staatlichen Polizeiverwaltungen führten oder den Ausbildungsinstituten der Schutzpolizei vorstanden, stellten die ehemaligen Berufsoffiziere die Mehrheit, obwohl die republikanischen Polizeipolitiker Preußens sich bemühten, deren drohendes Übergewicht einzuschränken. Zu Beginn der 1930er Jahre war es abzusehen, dass in nicht allzu ferner Zukunft die ehemaligen Offiziere des Kaisers die Führungsebene der Schutzpolizei nahezu komplett in ihrem Griff haben würden<sup>71</sup>.

Wie erfolgreich diese Seilschaften ehemaliger Berufsoffiziere operierten, zeigt schlaglichtartig das Beispiel der LPI West in der Frühphase des NS-Regimes. Deren Kommandeur, Hans Stieler von Heydekampf, hatte bereits in früheren Funktionen systematisch Polizei-offiziere protegiert, die seinen dezidiert konservativen und antirepublikanischen Vorstellungen entsprachen. Er setzte diese Praxis in den Jahren 1932/33 fort, indem er die begehrten Stellen in seinem Stab fast ausschließlich an frühere Berufsoffiziere vergab, die zudem vorwiegend von Adel waren und/oder Kadettenanstalten absolviert hatten. Da eine der Hauptaufgaben seines Stabes darin bestand, die Übernahme großer Teile der uniformierten Polizei in das Heer vorzubereiten, ebnete Stieler von Heydekampfs Personalpolitik diesen Offizieren den Weg zurück zum Militär. Dort waren ihre Perspektiven blendend – von den dreizehn Offizieren im Stab der LPI West brachten es neun über kurz oder lang zum Wehrmachtgeneral<sup>72</sup>.

Die Netzwerkarbeit der Konservativen förderte nicht nur die Karrieren erwünschter Kandidaten, sondern behinderte auch den Aufstieg missliebiger oder in Ungnade gefallener Polizei-offiziere. Zu Letzteren gehörte beispielsweise Polizeihauptmann Dr. Erwin Palm, der sich während der politischen Säuberungsmaß-

<sup>70</sup> Vgl. STAM, PP 511, Vorsitzender der Offizierskommission O 17 an KdS Bochum, 4.7.1933. Bei dem Verfasser handelt es sich um Polizeimajor Ernst von Leyser, einen ehemaligen Gardeoffizier und späteren Wehrmachtgeneral. Vgl. STAM, PA I 1931 sowie BArch, Pers. 6/255.

<sup>71</sup> Zur Entwicklung der statistischen Zusammensetzung und der Stellenbesetzung im preußischen Polizei-offizierkorps vgl. Wegweiser durch die Polizei (wie Anm. 6), S. 771; Wegweiser durch die Polizei. Hrsg. vom Preußisches Ministerium des Innern. In: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags (Anlagen zu den Sitzungsberichten). 3. Wahlperiode, 10. Bd, Drucksache 5928, 5. Aufl., Berlin 1931, S. 6021. Vgl. auch Leßmann, Die preußische Schutzpolizei (wie Anm. 1), S. 172–175.

<sup>72</sup> Vgl. Schmidt, Weichenstellung für das »Dritte Reich« (wie Anm. 20), S. 119–121; zu adligen Netzwerken vgl. Ostertag, Bildung, Ausbildung und Erziehung (wie Anm. 5), S. 78–82; Malinowski, Vom König zum Führer (wie Anm. 47), S. 48 f.

nahmen der Jahre 1933/34 als glühender Nationalsozialist zu profilieren versuchte, indem er seinen Eifer und seine Gesinnung durch zahlreiche Denunziationen demonstrierte<sup>73</sup>. Er tat dies aber auf Kosten der falschen Männer: So gehörte zu denjenigen Polizeioffizieren, deren Karrieren aufgrund von Palms Beschuldigungen endeten, auch dessen Vorgesetzter Polizeioberst von Padberg, Kommandeur der Polizeischule Bonn<sup>74</sup>. Von Padberg musste zwar seinen Abschied einreichen, verfügte jedoch weiterhin über exzellente Verbindungen und entsprechenden Einfluss innerhalb des Polizeioffizierkorps. Dementsprechend zerschlugen sich auch Palms Karrierehoffnungen in kürzester Zeit: Zunächst konnte er ein gegen ihn gerichtetes BBG-Verfahren nur knapp abwenden. Danach scheiterte seine Übernahme in die Landespolizei, mit der er sich eine hervorragende Chance für die in Polizeioffizierkreisen so ersehnte Rückkehr in die Wehrmacht gesichert hätte. Zudem wurde Palm fortan bei Beförderungen übergangen und auf einem unwichtigen Posten in Dortmund kaltgestellt. Entnervt reichte er 1935 seinen Abschied ein. In seiner abschließenden Stellungnahme stilisierte er sich als Opfer einer deutschnationalen »Adelsfraktion«, bestehend aus dem Kommandeur der LPI West, General Stieler von Heydekampf, dem Kommandeur der preußischen Landespolizei, General von Zepelin, dessen Stabschef Oberst von Oven, dessen Personalchef, Oberstleutnant von Schuler sowie General von dem Knesebeck. Diese hätten systematisch gegen ihn intrigiert, seit er sich in Bonn als Vorkämpfer für den Nationalsozialismus exponiert hatte<sup>75</sup>.

### III.

Die oben beschriebenen Beispiele polizeilicher Mikropolitik demonstrieren vor allem eines – ab 1933 strebte ein Großteil der Polizeioffiziere, vor allem die Angehörigen der selbsternannten Elite innerhalb des Polizeioffizierkorps, mit aller Macht in die Landespolizei, in der sie die Chance zur militärischen und sozialen Rehabilitation sahen. Sie setzten ihren ganzen soldatischen Ehrgeiz und »ihre Ehre darin, die Einheiten [der Landespolizei] so schnell wie möglich in die neuen Vorschriften einzuführen und sie im Gelände zu schulen«<sup>76</sup>. Die Landespolizei war im

<sup>73</sup> Erwin Palm (1896–1943), Sohn eines Rektors in Lensitz/Westpreußen, Abitur, 1914 Kriegsfreiwilliger beim 4. Garderegiment zu Fuß, 1918 Leutnant d.R. bei einem Feldartillerieregiment; 4.1. bis 15.9.1919 »Grenzschutz Ost« (Werbe- und Ordnungsoffizier eines Freikorps in Danzig); 3.10.1919 Eintritt in die Sicherheitspolizei Weißenfels als Polizeileutnant, danach Zug-, Bereitschafts- und Revierführer in Eisleben und Halle; 20.6.1921 Polizeioberleutnant, 1.4.1926 Polizeihauptmann; 1928 Versetzung zur Polizeischule Bonn, dort Fachlehrer, Bereitschafts- und Lehrgangsabteilungsführer; 1.12.1931 Diplom-Volkswirt Universität Bonn, 15.5.1933 Promotion zum Dr. rer. oek. an der Universität zu Köln; 1934 Versetzung zur Polizeiverwaltung Dortmund, zunächst Fachlehrer, dann stellv. Abschnittsführer, 30.6.1935 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt; 1940 char. Major d. Sch.; Palms Dienstbiografie nach STAM, PP, Slg. Primavesi 183.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., die Aussagen Erwin Palms vom 28.4.1933, sowie sein Schreiben an den Kommandeur der LPI West vom 7.5.1933.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., Stellungnahme Erwin Palm, 23.5.1935.

<sup>76</sup> So der spätere Wehrmachtgeneral Rudolf von Tschudi, der 1933 das Kommando über eine Abteilung der Landespolizei in Iserlohn erhielt. Nach: Regimentsgeschichte des Infanterie-Füsilierrégiments 39 für die Zeit von 1936 bis 1945. Bearb. von Jakob Moll, Düsseldorf 1968, S. 30.

Frühjahr 1933 zunächst in Preußen und später im ganzen Reichsgebiet aus den geschlossenen Formationen der uniformierten Polizei gebildet worden<sup>77</sup>. »Um sie mehr als bisher für einen landespolizeilichen Einsatz auszubilden«, sprich: ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern, wurden die Hundertschaften der Polizei aus dem täglichen Dienstbetrieb herausgezogen. Erklärtes Ziel war die »völlige Herauslösung der Bereitschaftspolizei aus dem eigentlichen Sicherheitsdienst«<sup>78</sup>. Diese Maßnahme knüpfte direkt an die umfangreichen Bemühungen an, die bereits in den letzten Jahren der Republik dahingehend bestanden hatten, das militärische Potenzial der Schutzpolizei auszubauen<sup>79</sup>. Im Sommer 1933 wurde die Landespolizei endgültig dem Einfluss der Polizeiverwaltungen vor Ort entzogen – der Zugriff des Militärs verfestigte sich<sup>80</sup>. In einem beschleunigten Verfahren wurden Organisationsstrukturen, Ausbildungsinhalte und Erscheinungsbild an die neue Wehrmacht angepasst. Die Landespolizei wuchs schnell in deren Anforderungsprofil hinein. Bereits im Dezember 1933 legte die militärische Führung fest, dass die erste Verteidigung der westlichen Grenze durch die Kräfte der Landespolizei zu erfolgen hatte<sup>81</sup>. Am 8. Februar 1934 wurde die Landespolizei für den Kriegsfall offiziell dem Kriegsminister unterstellt<sup>82</sup>. Ein Jahr später, am 16. März 1935, befahl Hitler deren endgültige Überführung in die Wehrmacht: Ihr Personal wurde dringend benötigt, um den durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht erweiterten Ausbildungsbetrieb zu ermöglichen. Noch bevor die ersten Wehrpflichtigen im November 1935 in die Kasernen einrückten, gliederten Heer und Luftwaffe die Einheiten der Landespolizei ein<sup>83</sup>. Nach der Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936, als auch die dort dislozierten 28 Abteilungen der Landespolizei, die eine durchaus nennenswerte und nur oberflächlich verdeckte militärische Präsenz bedeuteten<sup>84</sup>, übernommen worden waren, hatte die

<sup>77</sup> Vgl. Rd.Erl. MdI vom 26.3.1933. In: Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung, 94 (1933), S. 399; STAM, Reg. Arnsberg, 14698, Rd.Erl. MdI, 22.4.1933; Georg Tessin, *Deutsche Verbände und Truppen 1918–1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei*, Osnabrück 1974, S. 460; Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd 3, Boppard 1975 (= Schriften des Bundesarchivs, 16), S. 31; Schmidt, *Weichenstellung für das »Dritte Reich«* (wie Anm. 20), S. 118 f.

<sup>78</sup> STAM, Reg. Arnsberg, 14711, Anweisung MdI vom 25.4.1933.

<sup>79</sup> Vgl. Schmidt, *Weichenstellung für das »Dritte Reich«* (wie Anm. 20), S. 130 f.

<sup>80</sup> Vgl. STAM, Reg. Arnsberg, 14711, Erl. MdI vom 7.7.1933 sowie die Ausführungsbestimmungen zu diesem Erl. vom 9.8.1933.

<sup>81</sup> Denkschrift des Truppenamts in der Heeresleitung, 14.12.1933, nach: Hans-Jürgen Rautenberg, *Drei Dokumente zur Planung eines 300 000 Mann-Friedensheeres aus dem Dezember 1933*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 22 (1977), S. 103–139, hier S. 116; BAB, R 19, Nr. 381, Unterlagen für den Vortrag des Herrn Generals Daluge, 17.1.1939.

<sup>82</sup> Vgl. Herbert Schottelius und Gustav-Adolf Caspar, *Die Organisation des Heeres 1933–1939*. In: *Deutsche Militärgeschichte 1648–1939*, Bd 4, Abschnitt VII: *Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933–1939*. Hrsg. vom MGFA, München 1983, S. 289–399, hier S. 302; Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei* (wie Anm. 1), S. 406.

<sup>83</sup> Vgl. Tessin, *Deutsche Verbände und Truppen* (wie Anm. 77), S. 465 f.; Absolon, *Die Wehrmacht* (wie Anm. 77), S. 32 f.; Schottelius/Caspar, *Die Organisation des Heeres* (wie Anm. 82), S. 376. Zur Überführung in die Wehrmacht aus mehr als organisationsgeschichtlicher Perspektive vgl. Richard Bessel, *Die »Modernisierung« der Polizei im Nationalsozialismus*. In: *Norddeutschland im Nationalsozialismus*. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993 (= *Forum Zeitgeschichte*, 1), S. 371–386, hier S. 378.

<sup>84</sup> Vgl. BAB, R 19, Nr. 381, Unterlagen für den Vortrag des Herrn Generals Daluge, 17.1.1939; Tessin, *Deutsche Verbände und Truppen* (wie Anm. 77), S. 466 f.



Wehrmacht insgesamt über 56 000 Polizisten integriert<sup>85</sup>. Ohne den Einsatz der personellen und materiellen Ressourcen der Polizei wäre der rasante Ausbau der Wehrmacht mithin undenkbar gewesen. Nicht nur Fahrzeuge, Panzerwagen, Waffen und Kommunikationsmittel im Gesamtwert von 200 Mio. Reichsmark<sup>86</sup>, sondern auch zahlreiche gut ausgebildete und erfahrene Führer und Unterführer kamen über den Umweg der Landespolizei zur Wehrmacht<sup>87</sup>.

War die Wehrmacht zwar der Masse der Polizeioffiziere gegenüber skeptisch eingestellt, weil deren militärfachliche Eignung als fraglich galt, traf dies offenbar auf die Offizierkameraden der alten Armee nur in geringerem Ausmaß zu<sup>88</sup>. Die Kriterien für die Übernahme jedenfalls lauteten wie auf das Selbstbild dieser Gruppe zugeschnitten: »Charakter, geistige Auffassungsgabe, Führerbegabung und körperliche Leistungsfähigkeit«<sup>89</sup>. Auch für die weitere Karriere war der »richtige Stallgeruch« förderlich: Der weitaus größte Teil der 260 vormaligen Polizeioffiziere, die bis 1945 in der Wehrmacht zu Generalen befördert wurden, stammte wie Karl von Oven, Alexander Andrae oder Ernst von Leyser aus dem Offizierkorps von 1914. Die allerhöchsten Stufen, vom Generaloberst aufwärts, blieben ihnen jedoch vorenthalten<sup>90</sup>. Gegen Ende des Krieges jedoch stiegen einige, vor allem jüngere ehemalige Polizeioffiziere zu Armeeeoberbefehlshabern auf – eine Entwicklung, die im Kontext eines Elitenwandels von konservativen Militärs zu »vergleichsweise junge[n], energische[n], meist auch dem Nationalsozialismus nahe stehende[n] Persönlichkeiten« gedeutet wurde<sup>91</sup>. Dass – nach dem Urteil des Ge-

<sup>85</sup> Viele Kommandeure wollten ihre Einheiten möglichst komplett der Wehrmacht zur Verfügung stellen und verschwiegen ihren Untergebenen, dass sie sich auch für den Verbleib in der Polizei entscheiden konnten. Entsprechende Gesuche wurden teilweise ignoriert oder unter Strafandrohung abgelehnt. Vgl. STAM PP, Slg. Primavesi 1, Erl. RuPrMdl, 2.6.1936.

<sup>86</sup> Vgl. Ausführungsbestimmungen zum Erl. vom 7.7.1933, 9.8.1933; Weisung LPI West, 20.7.1933; STAM, Reg. Arnsberg, 14711, PP Bochum an RP Arnsberg, 24.7.1933; BAB, R 19, Nr. 381, Unterlagen für den Vortrag des Herrn Generals Daluge, 17.1.1939; Bessel, Die »Modernisierung« (wie Anm. 83), S. 378.

<sup>87</sup> Zur Übernahme von Polizeioffizieren in die Wehrmacht vgl. Demeter, Das deutsche Offizierkorps (wie Anm. 5), S. 57; Bald, Der deutsche Offizier (wie Anm. 46), S. 54 f.; Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 375 f. Die Angaben zu ihrer Gesamtzahl schwanken zwischen 1200 und 2500 Mann. Zeitweise dürfte etwa ein Fünftel des Wehrmachtoffizierkorps aus ehemaligen Polizeioffizieren bestanden haben.

<sup>88</sup> Die gegenwärtige Militärhistoriografie teilt tendenziell die Skepsis der Reichswehroffiziere gegenüber der militärisch-fachlichen Qualifikation ehemaliger Polizeioffiziere. Es handele sich nicht um »militärische Profis« im klassischen Sinn«. Vgl. Peter Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 69), S. 93.

<sup>89</sup> Bald, Der deutsche Offizier (wie Anm. 46), S. 54.

<sup>90</sup> Die einzige Ausnahme bildete der im Januar 1943 zum Generaloberst beförderte Karl Strecker, der 1933 Kommandeur der Polizeischule Münster gewesen war. Als kommandierender General des XI. Armeekorps kapitulierte er am 2.2.1943 im Nordkessel von Stalingrad. Seine Ernennung stand im Zusammenhang mit Hitlers Sonderbeförderungen für die Generalität der 6. Armee und war somit den spezifischen Umständen der Kesselschlacht geschuldet. Zur Generalität der Wehrmacht vgl. Reinhard Stumpf, Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933–1945, Boppard a.Rh. 1982 (= Wehrwissenschaftliche Forschungen, 29). In seiner detaillierten Studie geht Stumpf leider nicht genauer auf den aus den Polizeien der Länder stammenden Teil der Wehrmachtgeneralität ein.

<sup>91</sup> Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? (wie Anm. 88), S. 96.

nerals der Panzertruppe Heinrich Eberbach – »ein großer Teil von uns Polizeioffizieren [...] mit dem Nationalsozialismus weit enger verbunden« war als »die Offiziere der Reichswehr«<sup>92</sup>, dürfte ganz wesentlich darauf zurückzuführen sein, dass der NS-Staat diesen Offizieren die ersehnte Rückkehr in die Reihen des Heeres ermöglicht hatte.

Welche Perspektiven aber hatten diejenigen Polizeioffiziere, die – freiwillig oder widerwillig – nach 1935/36 ihre Karriere in der neu formierten Ordnungspolizei fortsetzten? Grundsätzlich verbesserten sich deren Aussichten auf berufliches Fortkommen, da die potenzielle Konkurrenz deutlich geringer geworden war. So konnten die verbliebenen ehemaligen Berufsoffiziere sich mittelfristig gute Chancen ausrechnen, in die Generalität der Polizei aufzusteigen, stellte doch die Herkunft aus dem aktiven Offizierkorps von 1914 die beste Voraussetzung dafür dar<sup>93</sup>. Auch für die Angehörigen der bisher durch die Dominanz der kaiserlichen Offiziere marginalisierten Gruppierungen, also für vormalige Reserve- und Unteroffiziere, beschleunigte sich im Regelfall die Karriere. Dennoch war das Polizeioffizierkorps keineswegs saturiert – das alte Konkurrenzdenken setzte sich vielmehr ebenso fort wie der Kampf um die Anerkennung durch die Wehrmacht. Da deren Offiziere in den 1930er Jahren ebenso wenig wie die Reichswehroffiziere in den 1920er Jahren dazu bereit waren, Polizeioffizieren ein gleichwertiges Sozialprestige zuzubilligen, kam es immer wieder zu Konflikten<sup>94</sup>. Solche Auseinandersetzungen wurden von den altgedienten Polizeioffizieren genauso verbissen geführt wie von den jungen Subalternoffizieren, die erst seit Mitte der 1930er Jahre in die Polizei eingetreten waren<sup>95</sup>. Zwar bestanden zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen den älteren Polizeioffizieren und dem Offiziernachwuchs des Nationalsozialismus – in ihrem sozialen Geltungsbedürfnis waren sich beide Gruppen einig. Am Vorabend des Krieges hatten es die einen nicht verwunden, nicht in die Wehrmacht übernommen worden zu sein, die anderen wollten ihre militärische und soziale Gleichwertigkeit nachweisen.

Die Fixierung auf die Wehrmacht wurde zweifelsohne von der neuen NS-Führungsriege der uniformierten Polizei gefördert. Insbesondere Kurt Daluege, ab 1936 Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei, trug seinen Teil dazu bei, indem er einerseits um die Gunst der Polizeioffiziere warb und ihren soldatischen Geist hervorhob, andererseits aber den Vorrang der Wehrmacht vor der Polizei unbedingt befürwortete. So hieß es in einer seiner Reden vor Polizeioffizieren im Februar 1935:

»Sie sind zwar dem Gesetze nach Beamte, aber im Handeln sind und bleiben Sie Soldaten [...] Das rote Regime hat bewusst das Soldatentum aus Ihnen [...]

<sup>92</sup> IfZ-Archiv, ZS-30, Brief Heinrich Eberbach an Hermann Foertsch, 28.4.1951, nach: Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? (wie Anm. 88), S. 96.

<sup>93</sup> Vgl. Florian Dierl, Das Hauptamt Ordnungspolizei 1936 bis 1945. Führungsspitze und die Befehlshaber in den Wehrkreisen. In: Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel. Hrsg. von Alfons Kenkmann und Christoph Spieker, Essen 2001 (= Villa ten Hompel. Schriften, 1), S. 159–175, hier S. 172 f.

<sup>94</sup> Vgl. Leßmann, Die preußische Schutzpolizei (wie Anm. 1), S. 410; Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 224.

<sup>95</sup> Zu diesen Polizeioffizieren, die oftmals dem Nationalsozialismus sehr nahe standen, vgl. Schmidt, Schützen und Dienen (wie Anm. 4), S. 405–407.

ausgeschaltet, und hat versucht, irgendeinen Begriff zu formen, um das verhasste Militärische aus Ihnen herauszutreiben<sup>96</sup>.«

Zwei Monate später betonte Daluege allerdings gegenüber den preußischen Schutzpolizeikommandeuren, dass die Aufgaben der Wehrmacht »so ungleich wichtiger und andere als die der Polizei« seien. Daher habe die Wehrmacht Vorrechte, die Polizeioffiziere hingegen »Vorpflichten«. Allerdings werde auch die Schutzpolizei ihre Chance zur militärischen Bewährung erhalten. Er werde dafür sorgen, dass die Polizeioffiziere »in Ihrem Dienstrang als Offizier Gelegenheit haben werden, in diesem Dienstrang Ihre Fähigkeiten für die Verteidigung des Vaterlandes unter Beweis zu stellen«<sup>97</sup>. Vor allem die Angehörigen der jüngeren Generation von Polizeioffizieren, die zumeist erst in den Friedensjahren des Nationalsozialismus zur uniformierten Polizei gestoßen waren, scheinen die Möglichkeit herbeigesehnt zu haben, ihren besonderen Wert unter Beweis zu stellen. In dem übersteigerten Konkurrenzdenken zur Wehrmacht, das die jungen Männer von ihren älteren Vorgesetzten gleichsam erben, liegt gewiss eine Erklärung dafür, dass sich viele jüngere Polizeioffiziere im Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg als Kompanie- oder Zugführer durch besondere Radikalität hervorgetan haben<sup>98</sup>.

## Abstract

In the wake of the First World War the Weimar Republic had a vital interest in creating a reliable and efficient police organization. But the reformatory efforts of the new Prussian government during the early 1920's failed – not least because most members of the new police officers' corps were former Prussian army officers, who had, for the most part, served in the Kaiser's peacetime army. As such, they were now unwilling to accept the new political system. Quite the contrary: they adapted the new environment to their requirements. Not only did they establish an idea of police professionalism based on military standards and military traditions, but they also managed to cultivate the aristocratic lifestyle of the Prussian army officers and thus divide the police officers' corps into a two-class society. Emphasising criteria such as character, masculinity and habitus, a self-proclaimed elitist core consisting of formerly active army officers was now in a position to marginalise those officers whose social, cultural and professional backgrounds were considered questionable. These machinations produced the cultural conditions which, in connection with intense networking, guaranteed both the professional and political supremacy of the old military elite.

<sup>96</sup> BAB, R 19/379, Rede des General Daluege vor den Stabsoffizieren der Landespolizei, 12.2.1935.

<sup>97</sup> Vgl. GSTA, PK I. HA, Rep. 77, Dahlemer Bestand, 7476, Ansprache des Generalleutnants d. LP Daluege an die Kommandeure der Schutzpolizei, 25.4.1935.

<sup>98</sup> Vgl. u.a. Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 67 f.; Stefan Klemp, *Freispruch für das »Mord-Bataillon«*. Die NS-Ordnungspolizei und die Nachkriegsjustiz, Münster 1998, S. 23–26; Michael Okroy, »Man will unserem Batl. was tun ...« Der Wuppertaler Bialystok-Prozeß 1967/68 und die Ermittlungen gegen Angehörige des Polizeibataillons 309. In: *Im Auftrag* (wie Anm. 93), S. 301–317.

The police officers' hegemonic military mentality finally resulted in a profound inferiority complex as the Reichswehr officers brusquely refused to accept the police's demand for tantamount social prestige. Consequently, the former officers of the Kaiser eagerly seized the opportunity to return to the army after the new national socialist government had decided to enforce and accelerate the German rearmament. This return they took to be the last resort to social and military rehabilitation. Gratefully, they espoused the cause of the Third Reich with unwavering loyalty. Those officers who had to remain in the police force felt deeply humiliated. Their thirst for recognition resulted in an unbridled competitiveness, a circumstance which, without doubt, contributed to their markedly radical demeanour during the war of conquest and extermination.